

Version 0,1

**DIE KLEINE FLUGLEKTÜRE™**

## **Damage Control in Contracts and Torts**

**Punitive Damages, Liquidated Damages, Vertragsstrafe, Strafschadenersatz**

Die Ampel steht in den USA auf der anderen Seite der Kreuzung

HERAUSGEBER

CLEMENS KOCHINKE, MCL, ATTORNEY AT LAW UND RECHTSANWALT  
WASHINGTON, DC, USA

© 2008-2010 Clemens Kochinke

# Damage Control in Contracts and Torts

## Vertragsstrafe und Punitive Damages im Jahre 2004

Clemens Kochinke\*

Dieser Beitrag fasst eine englische Darstellung zur DAJV-Jahresversammlung in Berlin vom 9. Oktober 2004 zusammen.\*\*

### A. Liquidated Damages contra Penalty Clause Dichotomie

#### I. Überblick

Die Begriffe der *Penalty Clause* und der *Liquidated Damages* Klausel erzeugen eine Gegensätzlichkeit im Sinne der Dichotomie zur Vertragsstrafe, weil der Begriff der Vertragsstrafe impliziert, dass sich die Parteien eines Vertrages über eine Strafe geeinigt haben. Im amerikanischen Recht erfüllt eine *Penalty* Funktionen, die dem Strafrecht vorbehalten sind, während ein Schadensausgleich als *Liquidated Damages* im Zivilrecht des Common Law zulässig ist.

Obwohl die Grundsätze alt sind, setzen sich die Gerichte weiterhin mit der Dichotomie auseinander. Der vorsitzende Richter des Bundesberufungsgerichtes im siebten Bezirk der USA befasste sich Mitte 2004 eingehend mit der Geschichte der Dichotomie und fand sie mysteriös.<sup>1</sup>

Dieser Bericht kann dieses Mysterium nicht aufklären. Jedoch kann er überblicksmäßig die Hauptaussagen kürzlich ergangener Gerichtsentscheidungen erläutern.

#### 1. Allgemeines

*Liquidated Damages* ist ein Schadensersatz, dessen exakte Höhe kraft Gesetz<sup>2</sup> oder Vertrag zumindest bestimmbar sein muss.<sup>3</sup> Angesehen als Ausgleich für einen Vertragsbruch und nicht als Strafe für eine vertragliche Nichterfüllung, einigen sich Vertragsparteien im Voraus auf die Zahlung einer bestimmten Summe.

*Liquidated Damages* erfüllen unter anderem den Zweck, schwer bestimmbaren und zu beweisenden Schaden im Voraus abzuschätzen. Der vertragstreuen Partei wird es somit erlassen, für die Höhe des Schadens Beweis zu erbringen.

Die *Liquidated Damages* müssen von der verbotenen Vertragsstrafe, der *Penalty Clause*, abgegrenzt werden. Eine Vertragsstrafe im Sinne der *Penalty* ist ein vertraglich vereinbarter Schadensersatz, der lediglich als Strafe oder Druckmittel und nicht als Kompensation für die Nichterfüllung eines Vertrages gedacht ist. Die *Penalty* wird deutlich durch eine unangemessen hohe Schätzung des Schadens oder durch eine grobe Unverhältnismässigkeit zwischen Betrag und wahrscheinlichem Schaden. Ein unangemessen hoher Betrag gilt daher als nicht durchsetzbare *Penalty*. Die Beweislast trägt die herausfordernde Partei. Zur Auslegung der Klausel als *Penalty* oder *Liquidated Damages* werden im allgemeinen die auch dem deutschen Recht bekannten Regeln herangezogen. Im Zweifelsfall ist man sich uneinig: zum einen wird die Klausel als *Penalty*<sup>4</sup> und zum anderen als *prima facie* gültig<sup>5</sup> angesehen.

## 2. Aktuelle Rechtsprechung

### 1. Winthrop Resources Corporation ./ Eaton Hydraulics<sup>6</sup>

Im Rahmen der Wirksamkeitsprüfung einer Liquidated Damages Klausel erörterte das Gericht ihre Angemessenheit zum Kompensationsschaden und die Frage eines Schadens schwer kalkulierbarer Art. Letzteres traf in diesem Fall zu, so dass das Gericht entschied, der vier- bis fünf-Fache Marktpreis mache die Klausel noch nicht zu einer Penalty. Der Sinn der Klausel bestehe darin, beiden Vertragsparteien zu ermöglichen, einen etwaigen Schaden schon bei Vertragsschluss zu schätzen und gerecht auszugleichen. Da es sich um eine beiden Parteien bewusste Schätzung handelt, kann sie bei Eintritt der erforderlichen Bedingung nicht mit dem Argument begegnet werden, der Betrag erweise sich im Verhältnis zum später tatsächlich eingetretenen Schaden als zu hoch.

### 2. Monsanto Company ./ Homan McFarling<sup>7</sup>

Die vorliegende Vertragsklausel hielt das Gericht für nichtig, weil sie den vereinbarten Schadensersatz unangemessen zum voraussehbaren Schaden bestimmt. Die Entscheidung erörtert ausführlich die in einigen Staaten geltende *anti-one-size rule* oder Anti-Pauschalisierungsregel. Ihre Begründung stellt im Zusammenhang mit reproduzierbaren Gütern und damit multiplizierbaren Schadensmengen einen nützlichen Leitfaden dar.

### 3. XCO International Inc. ./ Pacific Scientific Company<sup>8</sup>

Das Gericht entschied, dass trotz Bezugslosigkeit einer Vertragsstrafe zulässig Liquidated Damages vereinbart wurden, wenn sie im konkreten Sachverhalt der Höhe nach einen Bezug zur Bedeutung der Vertragsverletzung haben. Im kontinentaleuropäischen Recht würde dies etwa dem Erfordernis der Verhältnismäßigkeit entsprechen.

### 4. Energy plus Consulting, LLC. ./ Illinois Fuel Company, LLC.<sup>9</sup>

Nach dem Recht von Illinois ist eine Liquidated Damages Klausel gültig und durchsetzbar, wenn der tatsächliche Schaden zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses schwer bestimmbar und der Betrag letztlich angemessen mit Blick auf den tatsächlich durch den Vertragsbruch entstandenen Schaden ist. Der Vertragsklausel fehlte in dieser Sache der Höhe nach jeder Bezug zur Bedeutung der sie auslösenden Vertragsverletzung und vergleichbare Partei-handlungen hatten übereinstimmend einen wesentlich niedrigeren Schadensausgleich ausgelöst. Der Zweck, zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses einen Maßstab für nicht konkret einschätzbare Schäden aus einem Vertragsbruch festzulegen, wurde verfehlt.

### 5. Monsanto Company ./ Kem L. Ralph<sup>10</sup>

Hier stellte das Gericht einen Verstoß gegen die anti-one-size-rule fest. Eine Vertragsstrafe in 120-facher Höhe einer Patentrechtsgebühr hält das Gericht für überzogen. Es bestimmte, dass eine Pauschale nicht allen Fakten gerecht werden könne.

## III. Zusammenfassung

Die Gerichte konzentrieren sich bei der Prüfung der Rechtmäßigkeit einer Liquidated Damages-Klausel gleichermaßen auf die Angemessenheit der Schadensvorhersage und das

Problem eines schwer kalkulierbaren Schadens. Aus der Anti-Pauschalisierungsregel lässt sich ableiten, dass vertragsgestaltend auf die Besonderheiten unterschiedlicher Schadensereignisse einzugehen ist.

## B. Punitive Damages

### I. Allgemeines

Punitive Damages schaffen zusätzlich zum regulären Ersatz des materiellen und ideellen Schadens einen den tatsächlichen Schaden ausgleichenden Ersatz bei deliktischen Ansprüchen. Dieses entweder nach den Grundsätzen des Common Law oder aufgrund eines Gesetzes<sup>11</sup> Dieser Strafschadensersatz wird auch als *exemplary Damages, added Damages* oder *smart Money* bezeichnet.<sup>12</sup> Zweck dieses Rechtsinstitutes ist es, den Schädiger zu bestrafen und ein Exempel an ihm zu statuieren, nicht jedoch den Geschädigten für seinen Verlust zu entschädigen.

Zwei Tatbestandsmerkmale werden vorausgesetzt: Zum einen ist dies das Bestehen eines nach allgemeinen Regeln bestehenden Schadensersatzanspruches. Zum anderen muss das schädigende Verhalten von einer besonders verwerflichen oder rücksichtslosen Gesinnung geprägt sein. Einheitliche Merkmale für den Grad der Verwerflichkeit existieren in den Einzelstaaten nicht. Die Anforderungen reichen von der groben Fahrlässigkeit (gross Negligence) über absichtliche Gleichgültigkeit und mutwilliges oder rücksichtsloses Verhalten (willful Indifference, wanton or reckless Conduct) bis hin zur Böswilligkeit (Malice). Die einfache Fahrlässigkeit kann den Anspruch nicht begründen.

Für die Höhe der Punitive Damages fehlt ein verbindlicher Standard. Ob und in welcher Höhe Punitive Damages zugesprochen werden, steht vielmehr im Ermessen des Richters oder der Jury. Die Höhe muss allerdings in einem angemessenen Verhältnis zum kompensatorischen Schadensersatz oder zur erlittenen Verletzung stehen. Angemessen ist ein Punitive damage Betrag nicht mehr, wenn die Höhe des Betrages gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden verstößt.

In der Judikatur ist umstritten, ob bei der Verhängung des Schadensersatzes die finanzielle Leistungsfähigkeit des Schädigers und die Höhe der Anwalts- und Gerichtskosten berücksichtigt werden dürfen.

Die American Tort Reform Association drängt darauf, Punitive Damages Beträge gesetzlich zu zügeln. Mittlerweile haben zwanzig Staaten Gesetze erlassen, die den zulässigen Höchstbetrag definieren.<sup>13</sup>

### II. Aktuelle Rechtsprechung

#### 1. BMW of North America, Inc. ./. Gore<sup>14</sup>

Mit dieser Entscheidung hob der US-Supreme Court erstmals ein auf Punitive Damages lautendes Urteil mit der Begründung auf, es verstoße auf Grund seiner Höhe gegen die *Due Process Clause* des XIV. Zusatzartikels zur Bundesverfassung. Der Supreme Court stellte drei Richtlinien auf: Zum einen kommt es auf den Grad der Verwerflichkeit (*Degree of Reprehensibility*) an; hierbei sind das gefährdete Rechtsgut, die Geisteshaltung des

Schädigers und die Frage, ob es sich um einen Wiederholungs- oder Ersttäter handelt, ein zu beziehen. Zum anderen müssen die Punitive Damages in einem vernünftigen Verhältnis (*Reasonable Relationship*) zum Kompensationsschaden stehen. Letztlich ist auch die Höhe der vom Gesetzgeber für vergleichbares Fehlverhalten vorgesehenen Kriminalstrafen oder Zivilsanktionen zu beachten. Soweit Geldstrafen vorgesehen sind, haben sich die Punitive Damages nach ihnen zu richten.

## 2. Cooper Industries, Inc. ./ Leatherman Tool Group, Inc.<sup>15</sup>

Der Supreme Court prüfte, ob die im Verfahren gegen Gore aufgestellten Kriterien ermessensfehlerfrei angewandt wurden. Er stellte dabei grundlegende Überlegungen zur Schadensrechtsdogmatik an. So werde zwar typischerweise im gleichen Verfahren über kompensatorischen Schadensersatz und Strafschadensersatz entschieden, der durch sie jeweils verfolgte Zweck sei allerdings ein anderer. Ein kompensatorischer Schadensersatz solle den tatsächlich eingetretenen Schaden ausgleichen, der dem Geschädigten durch das Verhalten des Schädigers entstanden sei. Hingegen beabsichtigen die Punitive Damages eine Abschreckung für die Zukunft. Während der kompensatorische Schadensersatz auf einer sachlichen Grundlage zu ermitteln sei, stellen die Punitive Damages einen Ausdruck moralischer Missbilligung dar. Es handle sich insoweit um eine Geldbuße zwischen Privaten, die einen "quasi-kriminellen" Charakter aufweise.

## 3. State Farm Mutual Automobile Insurance Company ./ Inez Preece Campbell u. a.<sup>16</sup>

Das Gericht beschloss nun, die Verfassungsmässigkeit von Punitive Damages klarer zu definieren. Zwar verzichtete es wiederum auf die Einführung einer mathematischen Formel, aber es scheint mit seinem Hinweis auf einen einstelligen Multiplikator das Verhältnis von kompensatorischem Schadensersatz zum Strafschadensersatz doch in einen bestimmbaren Rahmen verlegen zu wollen, der erheblich von der bisherigen Praxis abweicht. Einen einstelligen Multiplikator erachtet er für noch vereinbar mit der Due Process Clause des XIV. Verfassungszusatzes.

## 4. In Re: Exxon Valdez; Grant Baker ./ Exxon Corp., Exxon Shipping Co.<sup>17</sup>

Das Gericht wandte die State Farm Entscheidung im Strafschadensersatzfall der Havarie der Exxon Valdez in Alaska zur Kappung des Strafschadensersatzes an.

## 5. Mathias ./ Accor Economz Lodging, Inc.<sup>18</sup>

Das Gericht bestätigte einen Strafschadensersatz, der 37-mal höher ausfiel als der Kompensationsschaden. Es hielt eine Ausnahme von den Leitlinien des US-Supreme Courts für angebracht, da der Beklagte vorsätzlich und rücksichtslos gehandelt habe.

## 6. Simon ./ San Paolo U.S. Holding Co. Inc.<sup>19</sup>

Gericht setzte sich zwar mit den Leitlinien des Supreme Court auseinander, sprach aber neben \$5.000 Schadensersatz \$1,7 Mio. Strafschadensersatz zu. Eine Ausnahme sei angebracht, da der ersetzbare Schaden gering und das Verhalten des Schädigers vorsätzlich und betrügerisch gewesen sei. Nach kalifornischem Recht konnte der Geschädigte nur Aufwendungsersatz in Höhe von \$5000, nicht jedoch entgangenen Gewinn verlangen. Der entgangene Gewinn, wenn er hätte geltend gemacht werden können, wäre \$400.000 gewesen. Der Zuspruch beinhaltet daher je nach Betrachtungsweise ein Verhältnis von 1:4 oder 1:340.

## 7. State of Alabama ./ ExxonMobil Corp.<sup>20</sup>

Bei einem Vertragsstreit darf kein Strafschadensersatz angesetzt werden. Zudem drückte der Oberste Bundesgerichtshof im Fall State Farm deutlich aus, dass der Strafschadensersatz nicht mehr als maximal das Neunfache des Schadensersatzes betragen dürfe. Über beide Grundsätze hat sich die Jury hier hinweggesetzt.

## 8. Hollock ./ Erie Insurance Exchange<sup>21</sup>

Diese Entscheidung des Pennsylvania Supreme Court bekennt sich nicht klar zur Supreme Court Rechtssprechung. Er hielt die Entscheidung aufrecht, obwohl die Höhe des Strafschadensersatzes sich nach dem Vermögen des Beklagten richtete und die im State Farm-Urteil aufgestellte Quote bei weitem überschritt. Als Begründung führte er unter anderem die absichtliche Gleichgültigkeit und die eklatante Unehrlichkeit des Schädigers an.

## 9. The People ex. rel. Bill Lockyer ./ RJ Reynolds Tobacco Co.<sup>22</sup>

Die Entscheidung des Untergerichts, welche Reynolds verpflichtete, \$20 Millionen Strafschadensersatz zu zahlen, wurde aufgehoben. Das Gericht stellte fest, dass Reynolds in seinem verfassungsmäßigen Recht auf ein faires Verfahren verletzt wurde. Ferner seien zwei State Farm Kriterien vom erstinstanzlichen Gericht nicht korrekt angewandt worden. So war zum einen die Höhe des Schadensersatzes am Vermögen des Beklagten ausgerichtet und zum anderen wurden deliktische Handlungen außerhalb Kaliforniens berücksichtigt.

## 10. Eden Electrical Ltd., ./ Amana Co.<sup>23</sup>

Das Gericht erörterte vorrangig die Angemessenheit des Strafschadensersatzes, der das 4,5-Fache des tatsächlichen Schadens betrug und damit im Rahmen der Vorgaben von State Farm liegt. Da das ruchlose Verhalten der kündigenden US-Herstellerin gegenüber dem ausländischen Händler *in die Oberliga der Verwerflichkeit* fiel, bezweifelte es auch nicht die deliktischen Tatbestandsmerkmale.

## 11. H. Charles Tapalian ./ James V. Tusino<sup>24</sup>

Das Bundesberufungsgericht entschied hier trotz State Farm, dass die Leistungsfähigkeit des Schädigers berücksichtigt wird. Dieser habe allerdings seine Leistungsunfähigkeit zu beweisen. Im Übrigen wandte das Gericht die drei Gore-Kriterien an und stellte fest, dass im Sinne von State Farm, ein Multiplikator von drei nicht den XIV. Verfassungszusatz verletze.

## 12. George Williams ./ Con Agra Poultry Company<sup>25</sup>

Der vom unterinstanzlichen Gericht verhängte Betrag ist nach Ansicht des Bundesberufungsgerichts nicht verfassungsgemäß, weil er gegen das dritte Gore Kriterium und die Regel aus State Farm verstoße. Der Betrag überschritt bei weitem das, was Gesetze für ein ähnliches Fehlverhalten erlauben würden, und betrug das 10-Fache des kompensatorischen Schadensersatzes.

## 13. Marlene Rowe ./ Hussmann Corporation<sup>26</sup>

Die Jury gewährte der Klägerin \$500.000 für emotionalen Schaden und das Doppelte an Punitive Damages. Das Bundesberufungsgericht hielt diese Entscheidung aufrecht. Der Jury war es gesetzlich<sup>27</sup> erlaubt, für das rücksichtslose und böswillige Fehlverhalten eines Arbeitgebers gegen geschützte Rechte seiner Arbeitnehmer Punitive Damages zu verhängen.

Ferner werde eine solche Entscheidung der Jury nur aufgehoben, sofern der Betrag in keinerlei angemessenem Verhältnis zum Schaden des Geschädigten stehe.

#### 14. Conseco Finance Servicing Corp. ./ North American Mortgage Company<sup>28</sup>

Das Bundesberufungsgericht kürzte hier den Strafschadensersatz von \$18 Millionen auf \$7 Millionen, indem es die Grundsätze aus Gore und State Farm anwandte. Da es an einem *extrem verwerflichen Verhalten* des Schädigers gefehlt habe, konnte die Höhe nicht aufrechterhalten werden.

#### 15. American Trim, L.L.C. ./ Oracle Corp.<sup>29</sup>

Unter Anwendung der Gore und State Farm Grundsätze entschied das Gericht, dass der etwa 3-fache Punitive Damages Betrag nicht den XIV. Verfassungszusatz verletze.

### C. Folgerungen

Der Vergleich der gerichtlichen Straferörterungen im vertraglichen - und deliktischen Haftungsrecht erlaubt interessante Folgerungen. Das pönale Element wird im Vertragsrecht gewissenhaft unterdrückt, und im deliktischen gleitet es weniger ins Übertriebene ab, als vor dem State Farm-Urteil. In zahlreichen Entscheidungen versuchen die Untergerichte, den restriktiven Vorgaben des Obersten Bundesgerichtshofs auszuweichen.

\*Der Verfasser ist Partner bei Berliner, Corcoran & Rowe, LLP in Washington, D.C. Er bedankt sich bei Rechtsreferendarin Susanne Kreis, Potsdam, zurzeit Washington, D.C. für ihre redaktionelle Mitarbeit.

\*\*Die englische Vortragsvorlage befindet sich bis Ende Februar 2005 im Internet unter: [www.recht.us/dajv/berlin.zip](http://www.recht.us/dajv/berlin.zip).

<sup>1</sup>XCO International Inc. v. Pacific Scientific Company; a. a. O. Fn. 8.

<sup>2</sup>Zum Beispiel Uniform Commercial Code § 2-718 (1).

<sup>3</sup>Chodos v. West, Publishing Co., 292 F.3d 992, 9th Cir. 2002; Colonial Bank v. Boulder Bankcard Processing, Inc., 254 Ga. App. 686, 2002.

<sup>4</sup>Vanderbilt University v. Di Nardo, 6th Cir. 1999, 174 F3d 751.

<sup>5</sup>Watson v. Ingram, 124 Wash 2d 845, 1994.

<sup>6</sup>Entscheidung des US-Court of Appeals 8th Cir. vom 11.3.2004, Az.: 03-1790; <http://caselaw.lp.findlaw.com/data2/circs/8th/031790p.pdf>.

<sup>7</sup>Entscheidung des US-Court of Appeals for the Federal Cir. vom 9.4.2004, Az.: 03-1177, -1228; <http://laws.lp.findlaw.com/fed/031177.html>.

<sup>8</sup>Entscheidung des US-Court of Appeals 7th Cir. vom 25.5.2004, Az.: 03-1683; <http://caselaw.lp.findlaw.com/data2/circs/7th/031683p.pdf>.

<sup>9</sup>Entscheidung des US-Court of Appeals 7th Cir. vom 9.6.2004, Az.: 03-1836; <http://caselaw.lp.findlaw.com/data2/circs/7th/031836p.pdf>.

<sup>10</sup>Entscheidung des US-Court of Appeals for the Federal Cir. vom 7.9.2004, Az.: 03.1243, 04-1001; <http://laws.lp.findlaw.com/fed/031243.html>.

<sup>11</sup>22 American Jurisprudence 2d, § 547.

<sup>12</sup>22 AmJur 2d, § 539.

<sup>13</sup>Z.B.: Code of Alabama, 6-11-21; Florida Statutes, Titel XLV, Chapter 768.73; New Jersey Statues, 2A 15-514.

- [14](http://supct.law.cornell.edu/supct/html/94-896.ZS.html) Entscheidung des US-Supreme Court vom 20. Mai 1996, Az.: 94-896; <http://supct.law.cornell.edu/supct/html/94-896.ZS.html>.
- [15](http://a257.g.akamaitech.net/7/257/2422/14may20011055/www.supremecourtus.gov/opinions/00pdf/99-2035.pdf) Entscheidung des US-Supreme Court vom 14. Mai 2001, Az.: 99-2035; <http://a257.g.akamaitech.net/7/257/2422/14may20011055/www.supremecourtus.gov/opinions/00pdf/99-2035.pdf>; Heid, Cooper Industries, Inc. v. Leatherman Tool Group, Inc., 31. August 2001, <http://www.amrecht.com/heid2.shtml>.
- [16](http://supct.law.cornell.edu/supct/html/01-1289.ZS.html) Entscheidung des US-Supreme Court vom 7. April 2003, Az.: 01-1289; <http://supct.law.cornell.edu/supct/html/01-1289.ZS.html>.
- [17](http://www.ce9.uscourts.gov/web/newopinions..nsf/0/931be04c351615dd882569ed0064c34f?OpenDocument) Entscheidung des US-Court of Appeals 9th Cir. vom 28. Januar 2004, Az.: A89-0095-CV; <http://www.ce9.uscourts.gov/web/newopinions..nsf/0/931be04c351615dd882569ed0064c34f?OpenDocument>.
- [18](http://www.ca7.uscourts.gov/op3.fwx?submit1=showop&caseno=03-1010.PDF) Entscheidung des US-Court of Appeals 7h Cir. vom 23. Oktober 2003, Az.: 03-1010, 03-1078; <http://www.ca7.uscourts.gov/op3.fwx?submit1=showop&caseno=03-1010.PDF>.
- [19](#) Entscheidung des US-Court of Appeals 4th Cir. vom 8. Dezember 2003 Az.: 03 C.D.O.S. 10376.
- [20](#) Entscheidung des Supreme Court of Alabama vom 14. November 2003, Az.: 1001053.
- [21](#) Entscheidung des Superior Court of Pennsylvania vom 22. Januar 2004, Az.: 298 M.D.A. 2002.
- [22](http://ash.org/rjrcasefeb04.html) Entscheidung des US-Court of Appeals 4th Cir. vom 25. Februar 2004, Az.: D040854, 2004 WL2004 540472; <http://ash.org/rjrcasefeb04.html>.
- [23](http://caselaw.lp.findlaw.com/data2/circs/8th/032123p.pdf) Entscheidung des US-Court of Appeals 8th Cir. vom 28. Mai 2004, Az. 03-2123; <http://caselaw.lp.findlaw.com/data2/circs/8th/032123p.pdf>.
- [24](http://laws.lp.findlaw.com/1st/021732.html) Entscheidung des US-Court of Appeals 1th Cir. vom 23. Juli 2004; Az.: 02-1732; <http://laws.lp.findlaw.com/1st/021732.html>.
- [25](http://caselaw.lp.findlaw.com/data2/circs/8th/032976p.pdf) Entscheidung des US-Court of Appeals 8th Cir. vom 6.8.2004, Az.: 03-2976; <http://caselaw.lp.findlaw.com/data2/circs/8th/032976p.pdf>.
- [26](http://caselaw.lp.findlaw.com/data2/circs/8th/032582p.pdf) Entscheidung des US-Court of Appeals 8th Cir. vom 26.8.2004, Az.: 03-2582; <http://caselaw.lp.findlaw.com/data2/circs/8th/032582p.pdf>.
- [27](#) 42 U.S.C. Sec. 1981 a (b)(1).
- [28](http://caselaw.lp.findlaw.com/data2/circs/8th/031443p.pdf) Entscheidung des US-Court of Appeals 8th Cir. vom 27.8.2004, Az.: 03-1443; <http://caselaw.lp.findlaw.com/data2/circs/8th/031443p.pdf>.
- [29](http://fsnews.findlaw.com/cases/6th/04a0289p.html) Entscheidung des US-Court of Appeals 6th Cir. vom 26.9.2004, Az.: 02-4186; <http://fsnews.findlaw.com/cases/6th/04a0289p.html>.



# Table of Contents

<a href="#">*</a>	
<a href="#">**</a>	
<a href="#">1</a>	
<a href="#">2</a>	
<a href="#">3</a>	
<a href="#">4</a>	
<a href="#">5</a>	
<a href="#">6</a>	
<a href="#">7</a>	
<a href="#">8</a>	
<a href="#">9</a>	
<a href="#">10</a>	
<a href="#">11</a>	
<a href="#">12</a>	
<a href="#">13</a>	
<a href="#">14</a>	
<a href="#">15</a>	
<a href="#">16</a>	
<a href="#">17</a>	
<a href="#">18</a>	
<a href="#">19</a>	
<a href="#">20</a>	
<a href="#">21</a>	
<a href="#">22</a>	
<a href="#">23</a>	
<a href="#">24</a>	
<a href="#">25</a>	
<a href="#">26</a>	
<a href="#">27</a>	
<a href="#">28</a>	
<a href="#">29</a>	